

Bericht aus der Gemeinderatssitzung 08-25 vom 29.07.2025

Liebe Newsletter-Abonnenten, liebe Mitglieder,

das erste Jahr der aktuellen Wahlperiode des Gemeinderats ist erfolgreich abgeschlossen. Während die Temperaturen im Land pünktlich zu den Sommerferien abkühlen, wurde es im Ratssaal am Dienstag noch mal heiß. Wie im letzten Jahr legte die Verwaltung auch vor dieser Sommerpause so manches heiße Eisen auf die Tagesordnung. Dank guter Vorbereitung wussten wir diese mit guten Argumenten zu schmieden, in die richtige Form zu bringen und mit Daten und Fakten fundiert abzukühlen.

Die wesentlichen Entscheidungen aus der letzten GR-Sitzung im Überblick:

- Mit dem Nachtragshaushalt streicht bzw. verschiebt Bad Schönborn Investitionsprojekte in Höhe von 12 Mio Euro
- Die Planungen für Langenbrücken-West gehen in die nächste Phase – jetzt auch mit Anbindung an das Renz-Areal
- Kindergartengebühren steigen gemäß der Empfehlung des Landes um 7,3%, bleiben aber weiterhin mit knapp 15% deutlich unter der Zielmarke von 20% Kostendeckung durch die Eltern

Nachtragshaushalt (TOP 3)

Die Verwaltung überprüfte in den vergangenen Wochen ihre geplanten Ausgaben. Ergebnis: Einsparungen gegenüber der Haushaltsplanung sind möglich, ohne die Leistungen gegenüber den Bürgern zu kürzen. Dadurch reduziert sich das operative Defizit von -5 auf ca. -3 Mio EURO jährlich.

Die Rechtaufsichtsbehörde hatte die Zustimmung für weitere Investitionsprojekte in Höhe von ca. 20 Mio EURO in den kommenden drei Jahren verweigert. Die mittelfristige Kreditverpflichtung war aufgrund unseres eh schon vorhandenen jährlichen Defizits nicht genehmigungsfähig. Der Gemeinderat hat die geplanten zukünftigen Investitionen nun auf ca. 11 Mio Euro bis 2028 gekürzt. Besonders schmerzhaft: es trifft auch u.a. die geplante Erweiterung der Realschule.

Kommentar der CDU-Fraktion:

Die Luft aus der Planung zu lassen und kreativ zu werden in der Buchungstechnik ersetzt keine strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen

Als CDU-Fraktion haben wir dem Nachtragshaushalt geschlossen zugestimmt, allerdings doch einiges bemängelt. Daniel Molk hatte bereits im Februar darauf hingewiesen, dass die Vielzahl der geplanten Bauprojekte mit der aktuell sehr dünn besetzten Personaldecke im Bauamt überhaupt nicht umsetzbar ist.

Bernhard Steltz stellte außerdem heraus, dass hier im Wesentlichen „die Luft aus der Planung“ genommen wurde – scheinbar war doch eher großzügig und mit viel Puffer geplant worden, wie sich nun herausstellt.

Jochen Fellhauer wies noch einmal darauf hin, dass zwei große Treiber der Finanznot nicht in der unmittelbaren Kontrolle der Gemeinde liegen: Erhebliche Mindereinnahmen sind aufgrund der geringeren Umlagen. Wenn Mercedes und Porsche in Stuttgart

Gewinneinbrüche haben leiden auch wir über den kommunalen Finanzausgleich darunter. Gleichzeitig werden uns Mehrausgaben auferlegt. U.a. die Abgabe an den Kreis wird sich zw 2023 und 2029 von ca 5 auf ca 10 Mio Euro verdoppeln.

Ergo: Es bleibt uns nichts anderes übrig, als den Rotstift an strukturellen Themen anzusetzen.

Wir waren uns mit allen Fraktionen einig, dass die Leitplanken dazu im Rahmen der Haushaltsstrukturkommission nun dringt erarbeitet werden müssen. Hier hatte die Verwaltung aufgrund des Zeitdrucks zunächst den operativen Nachtragshaushalt priorisiert. Jetzt muss aber Zeit für strukturellen Themen sein.

Bürgerbeteiligung Langenbrücken-West (TOP 11)

Langenbrücken-West geht in die nächste Planungsphase. Nun werden neben diversen öffentlichen Stellen und Behörden auch die Bürger eingebunden. Die Öffentlichkeit wird im Spätjahr über den aktuellen Planungsstand informiert. Es gibt die Möglichkeit, sich am Planungsprozess zu beteiligen und Stellungnahmen abzugeben.

Der Tagesordnungspunkt war mit besonderer Spannung erwartet worden. Im Vorfeld war deutlich geworden, dass die FW das Projekt nicht oder nicht zumindest nicht geschlossen mittragen werden. Unklar war insbesondere, wie sich die UBBS dazu positionieren würde.

Nach offener und sachlicher Debatte waren die Bedenken aber bei vielen Gemeinderäten auszuräumen, sodass der Entschluss am Ende erfreulich deutlich für die Weiterverfolgung des Projekts ausfiel. Mit 20 Ja-Stimmen unterstützte eine breite Mehrheit das Projekt.

Daniel Molk bekam für die Initiative der CDU viel Unterstützung, die **Anbindung des früheren Renz-Areals als besonderes Entwicklungsziel** für die erste Phase mit aufzunehmen. Bernhard Steltz machte noch einmal deutlich, dass dieses Projekt bereits seit 25 Jahren und somit in der 6. Generation an Gemeinderäten kontinuierlich getragen wird. Nur diese vorausschauende Arbeitsweise und das beharrliche „weiter dranbleiben“ ermöglicht es uns heute, die Gemeinde Bad Schönborn strukturell weiterzuentwickeln.

Erhöhung der KiTa Gebühren (TOP 4)

Sehr emotional trugen SPD und Grüne-Liste ihre bereits seit Jahren bekannte Haltungen zum Thema Erhöhung der KiTa Gebühren vor.

Jochen Fellhauer erklärte, dass er persönlich kostenfreie Kinderbetreuung für gesellschaftlich erstrebenswert halte. Aber diese Herausforderung könne nicht lokal auf Bad Schönborn geschultert werden – dies kann nur auf Landesebene gelöst werden. Ein einfacher Blick in den Haushalt macht klar: Wir können als strukturschwache Kommune keine zusätzlichen 1,2 Mio Euro jährlich aufbringen. Nicht einmal die reiche Nachbargemeinde St.Leon-Rot kann das. Dem schloss sich auch BM Hüge an. Er verwies darauf, dass weder SPD, Grüne noch die CDU dieses auf landesebene angegangen sind.

Die landesweit einheitliche Empfehlung zur 20% Kostenbeteiligung der Eltern incl. Richtwert für die jährliche Erhöhung stellt einen Kompromiss dar. Vereinfacht gesprochen: Die Allgemeinheit zahlt die Gebühren von Mo bis Do, die Kosten für Freitag müssen die Eltern selbst übernehmen. Gleichzeitig berücksichtigt der Kompromiss aber sowohl die kommunale Leistungsgrenzen als auch die berechtigten Interessen der Erzieherinnen und Erzieher auf eine faire Bezahlung. Für viele Familien gehen die monatlichen Gebühren dennoch an die Schmerzgrenze, keine Frage.

Die Fakten im Schnelldurchlauf

- Für das Kindergartenjahr 2025/ 2026 steigen die Gebühren um 7,3 %
- Der Kostendeckungsgrad der Eltern bleibt mit durchschnittlich % weiter deutlich unter den angestrebten 20%
- Eine Geschwisterkindermäßigung gibt es bis einschl. 4 Klasse
- Wir orientieren uns weiterhin an der jährlichen landesweiten Empfehlung zur Kostenfortschreibung

Weitere Themen der Sitzung:

AWO KiTa (TOP 6)

In Vorbereitung auf die Inbetriebnahme zusätzlicher Kinderbetreuungsangebote in der Franz-Peter-Sigel-Straße 40 können die ersten Personaleinstellungen erfolgen.

Der Gemeinderat hat bereits am 23.04.2024 die Einrichtung einer fünfgruppigen Kindertagesstätte in der Franz-Peter-Sigel-Straße beschlossen. Dort sollen die bisherigen zwei Zwergenstübengruppen sowie drei zusätzliche Krippengruppen untergebracht werden. Der Mietvertrag wurde am 26.05.2025 unterzeichnet. Aufgrund des hohen Bedarfs plant die AWO, zunächst zwei altersgemischte Gruppen mit je 15 Plätzen einzurichten, um Kinder von 2 Jahren bis zum Schuleintritt zu betreuen.

Betriebskosten KiGa Lichtblick (TOP 7)

Die Gemeinde erhält eine Rückzahlung in Höhe von ca 74.000 Euro. Zurückzuführen ist dies u.a. auf den Personalmangel, der sich auch in geringeren Personalkosten ausdrückt.

Michael Schnürer und Uli Haßfeld begleiten Ausschreibungen für St. Maria (TOP 8)

2 Mitglieder des Gemeinderats sollen die Verwaltung im Prozess der Ausschreibung, Terminplan, die bauliche Qualität sowie die architektonische Ausgestaltung betreuen. In geheimer Abstimmung wurden Uli Haßfeld und Michael Schnürer gewählt.

Verlängerung des Fairtrade Town Siegel – jetzt in privater Verantwortung (TOP 9)

BM Hüge schlug vor, keine Verlängerung des Fairtrade-Town-Siegels mehr anzustreben. Zur Begründung führte er unter anderem an, dass die Mitarbeiterin, die das Thema bisher betreut hat, für einige Zeit nicht zur Verfügung stehe.

Nach sehr emotional vorgetragenen Beiträgen der Grünen Liste und der SPD-Fraktion einigte sich der Rat darauf, die Koordination der Aktivitäten rund um die Zertifizierung und die Verlängerung des Fair-Trade-Siegels in die Verantwortung der privaten Initiative zu übergeben.

Die Verwaltung übergibt die Koordination an Gemeinderätin der SPD Frau Mirwald.

Aus Sicht der CDU ein gelungener Kompromiss mit einer wichtigen Erkenntnis: Nicht alle Projekte und Initiativen, die einzelne Gruppen als besonders wichtig erachten, müssen immer von der Verwaltung organisiert werden. In Zeiten strukturell knapper Kassen werden wir uns von einigen freiwilligen Leistungen der Gemeinde verabschieden müssen. Das bedeutet aber nicht zwangsweise das Aus – vieles kann anders und privatinitiativ organisiert werden.

Auf Antrag der CDU wurde TOP 3 zur Änderung der Vereinsförderung abgesetzt

Uns ist es wichtig, zunächst die wesentlichen Leitlinien in der Haushaltsstrukturkommission zu beraten. Einzelmaßnahmen sollen dann im Einklang mit diesen Strukturvorgaben beraten und beschlossen werden.

Besonders ins Schwitzen kam hierbei Guido Woll: er musste zu Sitzungsbeginn Bürgermeister Hüge vertreten und sah sich neben dem Antrag der CDU einer Flut von Änderungsanträgen zur Tagesordnung konfrontiert. Die Grüne Liste konnte weder für ihren Wunsch der Absetzung des Tops zu KiTa-Gebühren, noch dem zu Fairtrade Town Mehrheiten gewinnen.

Die Verwaltung hatte im Vorfeld bereits TOP 5 / Karlsruher Pass von der Tagesordnung genommen.

Bürgerfragestunde, Bekanntgaben und Anfragen (TOP 1+14)

Eine Anwohnerin der Dammstraße berichtet, dass die Sackgasse aktuell durch die Brückenbaustelle abgeschnitten ist. Es wurde beklagt, dass die Anwohner weder rechtzeitig informiert wurden, Leitungen seien ohne Absprachen über Privatgrund verlegt worden.

Vertreterinnen der Fairtrade-Town-Initiative wollte wissen, ob wir als Gemeinde weiter das Siegel unterstützen und berichtete von 10 Jahren Engagement im Kontext des fairen Handels.

BM Hüge vermeldete die Einrichtung 10 zusätzlicher KiTa Plätze im KiGa Sankta Maria